



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

Februar 1984

An Verkürzung der Arbeitszeit führt kein Weg vorbei!

Die Tarifeinverständigungen in diesem Frühjahr werden die härtesten seit langer Zeit werden. Es geht diesmal nicht allein um Lohnfragen: Es geht auch um die Verkürzung der Arbeitszeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Auseinandersetzung darüber wird zu einer Grundfrage unserer Gesellschaft.

Das sehen nicht nur Gewerkschafter und Sozialdemokraten so. Auch die Arbeitgeber setzen schon lange im Vorfeld alles in Bewegung, allerdings gegen die Diskussion um eine kürzere Arbeitszeit.

Gesamtmittel vertreibt Broschüren gegen die 35-Stunden-Woche. Der Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, Kirchhoff, drohte bereits lange vor den ersten Verhandlungen (näm-

lichung will den Unternehmerfunktionären helfen, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in die Knie zu zwingen.

Jeder, der nicht hinhören will, daß über 2 1/2 Millionen arbeitsfähige Menschen in der Bundesrepublik gegen ihren Willen von der Arbeit ferngehalten werden, muß dafür eintreten, daß die vorhandene Arbeit anders verteilt wird.

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist eine Möglichkeit.



Übrigens:

Die Regierung Kohl werde der Regierung Ehrhard immer ähnlicher dadurch, daß sie eine Affäre an die andere reihe, meinte kürzlich Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

Das ist in der Tat das einzige Gebiet auf dem diese Regierung bisher etwas geleistet hat.

Das Schlimme ist nur, daß sich Mitglieder dieser Regierung offensichtlich alles leisten können, ohne dafür verantwortlich gemacht zu werden.

Neben einem Wirtschaftsminister Lambsdorff, der inzwischen der Bestechlichkeit angeklagt ist, hat sich Kohl jetzt den Fall Kießling zugelegt, der längst zum Fall Würner/Kohl geworden ist.

Da übernimmt ein verantwortlicher Minister verantwortungslos, weil offensichtlich ungeprüft, Verdächtigungen gegen einen General der Bundeswehr und verfügt seinen Rausschmiß.

Nach den Gründen gefragt, gerät er sehr bald in Beweisnot und fordert nun gar vom General, er solle beweisen, daß er's nicht gewesen ist.

Als Würner befürchten muß, daß ihm dies gelingen könnte, begibt sich der Verteidigungsminister selbst ins H-Lieu.

Er läßt sich einschlägig bekannte Figuren auf die Hardthöhe (auf Steuergelder) von denen er nach kleinen Recherchen hätte erfahren können, daß sie nicht zum erstenmal an einer Verleumdungskampagne beteiligt sind.

Als dann alles wie eine Seifenblase zerplatzte, sollte ein Brief genügen, Würner habe nie die Ehre des Generals angegriffen. Lacherfolg bei der Bundespressekonferenz!

Kohl war bisher Weltmeister im "Aussitzen" von kritischen Situationen. Auch diesmal vertraut er auf den Erfolg dieser Methode.

Doch diesmal könnte der erfolgreiche "Aussitzer" in München sitzen.



lich bereits Ende November 1983) mit dem Instrument der Aussperrung.

Die Argumente der Unternehmer sind die alten. Sie sehen den wirtschaftlichen Ruin voraus, so wie sie ihn vorausgesehen haben, als es um die Durchsetzung des 10-Stunden-lages, des 8-Stunden-lages, der 5-lage-Woche und der 40-Stunden-Woche ging.

Auch die Bundesregierung hat in diesem Streit eindeutig Partei ergriffen. Kanzler Kohl hat die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als "absurd und dumm" diffamiert. Die konservative Re-

Doch selbst bei wesentlichen Rationalisierungseffekten schüfe die Einführung der 35-Stunden-Woche im Vergleich zur Lebensarbeitszeitverkürzung eine beträchtlich größere Zahl neuer Arbeitsplätze.

Die Vorhersagen darüber schwanken, doch kann mit rund einer Million neuer Arbeitsplätze bei der Einführung der 35-Stunden-Woche gerechnet werden.

Bei der 35-Stunden-Woche geht es jedoch auch um die Verbesserung der Lebensqualität. Es kann nicht angehen, daß sich heute viele kaputtgeschufteten müs-

gen, während andere zur Untätigkeit verurteilt wird.

Und sicher ist: Kürzere Arbeitszeit darf nicht durch weniger Lohn finanziert werden. Eine weitere Beschneidung der Basenkaufkraft hätte unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesre-

publik.

Daß das alles funktionieren kann, haben Wissenschaftler und Praktiker aus den Gewerkschaften ausgerechnet und einige Betriebe auf eigene Faust vorgemacht.

Kluge Unternehmer gehen deshalb bereits auf Distanz zur Störheit ihrer Funktionäre.

Umweltschutz Fehlanzeige In Bonn bisher nur leere Sprüche

Im Umweltschutz sind sie die Grössten, die Kommunalpolitiker der Bonner CDU. Das soll der Bürger zumindest glauben, wenn Oberbürgermeister Daniels immer wieder die grossen Leistungen der Stadt Bonn auf diesem Gebiet preist. Schaut man einmal hinter diese Nebelwand aus Worten, bleibt davon nicht mehr viel übrig.

In den letzten Wochen jagt in Bonn ein Umweltkandal den anderen. Unvermögen, mangelnde Kompetenz und grobe Fahrlässigkeit muß den Verantwortlichen in der Verwaltung vorgeworfen werden.

Nie zuvor ist so deutlich geworden, daß sich niemand mehr an der Notwendigkeit eines seit Jahren von der SPD geforderten besonderen Umweltschutzamtes in der Verwaltung vorbeimogeln kann.

Alle Skandale der letzten Wochen haben gezeigt, daß Umweltschutz und Umweltvorsorge in Bonn einen geringen Stellenwert haben. Die Ursache dafür liegt vor allem auch darin, daß viele Köpfe (sprich Ämter) in derselben Suppe herumrühren. Jedes Amt pocht auf seine kleine Teilverantwortlichkeit und verhindert so, daß eine an übergreifenden Gesichtspunkten orientierte Umweltpolitik gemacht wird.

Diesen Zustand zu ändern, ist die CDU-Mehrheitsfraktion in dieser Stadt nicht bereit.

Teilweise tut man in der Verwaltung überhaupt nichts.

So wurde ihr bereits Anfang 1981 vom Regierungspräsidenten ein Altlasterkataster übersandt mit der Aufforderung, zu überprüfen, welche Schutzmaßnahmen aus diesen Informationen zu entwickeln seien. Bisher hat die Verwaltung darauf noch nicht reagiert.

LUFTVERSCHMUTZUNG

Wenn der CDU-Oberbürgermeister seine Partei auch als große Umweltschützerin preist, bleibt in der Realität nicht mehr als heiße Luft.

Ein von der Stadt zu beeinflussender Faktor der Luftverschmutzung ist die von der CDU zu verantwortende verfehlte Verkehrsplanung durch einseitige Förderung des Individualverkehrs. Zu einer Eindämmung dieses Abgasproduzenten zugunsten des umweltfreundlicheren öffentlichen Nahverkehrs ist die CDU nicht bereit.

Herr Daniels hofft auf bleifreie Tankstellen in Bonn, auch für seinen Dienstwagen.

Das ist Heuchelei, hat doch die CDU erst kürzlich den Antrag der SPD, die städtischen Dienstwagen, soweit möglich, auf bleifreies Benzin umzurüsten und eine bleifreie Tankstelle einzurichten, abgelehnt.

Die Erhaltung von Natur und Landschaft hält Dr. Daniels für wichtig. Leider gibt es außer

Hochglanzprospekten keine Anhaltspunkte für Aktivitäten auf diesem Gebiet.

Stattdessen wird zum Beispiel weiter festgehalten an der umweltfeindlichen Bebauung des Venusberghanges, die schon jetzt zum Abrutschen des Hangbaumbestandes führt. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Aber das Interesse einiger Finanzstarker Bürger war der CDU wichtiger als der Umweltschutz.

Die vom Oberbürgermeister gerühmten 2 Millionen Mark für Baumaßnahmen wurden erst nach zahlreichen von der SPD gestellten Anträgen auf Rettung des Bonner Baumbestandes in den Haushalt 1984 eingestellt.

Die Hauptursache des Straßenbaustrebens, die Verwendung von Streusalz auf Gehwegen, wurde nicht beseitigt.

FLÖSSE UND BÄCHE

Reinhaltung der Flüsse und Bäche schreibt Herr Daniels auf seine Fahnen. In Wahrheit werden viele Bäche auf Bonner Gebiet durch Begradigung, Ausbetonierung und Verrohrung ihrer natürlichen Funktion beraubt und dienen heute nur noch als sogenannte Vorfluter der Zuleitung von Abwässern zu den Kläranlagen. Übertragung von Bachpatenschaften können das Problem nicht lösen.

Im wesentlichen konzentrieren sich die hochgefeierten umweltpolitischen Maßnahmen der Bonner CDU auch in Zukunft darauf, die Verantwortung auf Bund und Land zu schieben, dem Bürger Patenschaften für Bäume und Bäche anzutragen und Broschüren herauszugeben.

Die drängenden Probleme der Umwelt werden damit aber nur verkleistert, in keinem Fall aber gelöst.

Zum Thema: Anliegerbeiträge

Die Anlieger der Endericher Straße sollen Anliegerbeiträge bezahlen. Zu den Hintergründen schreibt Dieter Witte, SPD-Stadtverordneter von Endenich:

Als Neujahrüberraschung flatterte vielen Anliegern der Endericher Straße zum Jahresende ein Bescheid über die Erhebung von Anliegerbeiträgen ins Haus.

Mit diesen Beiträgen sollten die Anlieger zu den Kosten für den Ausbau der Endericher Straße zur "Verkehrsberuhigten (??) Zone" herangezogen werden.

Die Bonner CDU macht es sich sehr einfach, wenn sie für diese, für die Bürger unerfreuliche Angelegenheit, nur den Regierungspräsidenten verantwortlich macht.

Tatsächlich ist es aufgrund der Rechtslage korrekt, wenn zu den Kosten von Straßenbaumaßnahmen die Anlieger herangezogen werden.

FALSCHER VERSPRECHUNGEN

Leider hat es die Stadt Bonn vor dem Ausbau der Endericher Straße versäumt, die Bürger auf diese rechtliche Konsequenz hinzuweisen.

Im Gegenteil, es wurde den Bürgern versprochen, daß sie mit keinem Pfennig für die Ausbaukosten zahlen müßten.

Ein weiterer Fehler war, daß die Endericher Straße ohne jede Not und auch ohne erkennbaren Vorteil für die Bürger so kostspielig (teures Pflaster) ausgebaut wurde.

Die SPD hat für die Kostenbefreiung der Anlieger gestimmt. Dies insbesondere deshalb, weil für den Ausbau der Fußgängerzonen in der Innenstadt (Sternstraße, Remigiusstraße usw.) keine Anliegerbeiträge erhoben worden sind.

Gerade in diesen Bereichen ist den Anliegern - vor allem den Geschäftsleuten - ein großer Vorteil erwachsen.

Waren die Sternstraße und die Remigiusstraße vor dem Ausbau durch den starken Verkehr in diesen Straßen keine attraktiven Einkaufsstrassen, ist dies heute ganz anders.

Die Umsätze der Geschäftsleute sind gegenüber früher dort um ein Vielfaches gestiegen.

KEINE VORTEILE FÜR ANLIEGER

In einem solchen Fall ist es nicht mehr als gerecht, wenn die Steuergelder, die die Stadt für diese Maßnahme ausgegeben hat, in der Weise an die Stadt zurückfließen, daß diejenigen, die einen Vorteil daraus erhalten haben, sich durch Anliegerbeiträge an den Kosten beteiligen.

Dieses ist jedoch bis heute nicht geschehen.

Die Anlieger der Endericher Straße haben einen vergleichbaren Vorteil nicht erhalten.

Weder kann die Endericher Straße als verkehrsberuhigt bezeichnet werden, noch sind irgendwelchem sonstige erkennbare Vorteile entstanden.

Aus diesen Gründen und auch um zu verhindern, daß die Anliegerkosten auf die Mieten umgelegt werden, tritt die SPD weiter für die Befreiung von Anliegerbeiträgen in der Endericher Straße ein.

Anzeige

Studentenehepaar sucht kleines Stück Gartenland (ca. 100 bis 200 qm) im Bereich Endenich zu pachten.

Angebote an: Berger-Julio, Flödelingweg 8, Tel: 626804

Kommunalwahl 1984: Die Kandidaten der SPD

WAHLKREIS ENDENICH I



DIETER WITTE

Ich wurde 1939 in Berlin geboren, bin verheiratet und habe zwei Kinder.

Seit 1964 bin ich Stadtverordneter der SPD für den Wahlkreis Endenich I.

In den 20 Jahren meiner kommunalpolitischen Tätigkeit habe ich in fast allen Bereichen der Kommunalpolitik gearbeitet.

In den letzten 10 Jahren habe ich mich insbesondere dem Thema des öffentlichen Nahverkehrs in Bonn gewidmet. Zahllose Initiativen zur Verbesserung des Bus- und Bahnangebotes wurden von mir entwickelt. Seit 1974 bin ich Vorsitzender des Stadtwerkeausschusses.

Der jährlich von mehr als hunderttausend Bonnern besuchte "Tag der offenen Tür" geht auf meine Anregung zurück.

Im Bereich von Endenich habe ich mich mit vielen Initiativen für die Bürger eingesetzt. Dazu zählt auch mein Antrag zur Einrichtung einer Tagesaufenthaltsstätte für ältere Mitbürger, der Endenicher Burgstube.

Nicht gelungen ist bis heute, einen ähnlichen Treffpunkt für die Jugendlichen zu schaffen, die sich nach wie vor vor der Endenicher Burg versammeln.

Fast 1 1/2 Jahrzehnte hat der Kampf der SPD für den Bau der Endenicher Sporthalle und die Errichtung des Sport- und Erholungsparks im Purgelände gedauert. Mit 17 Anträgen und Anfragen an die Verwaltung habe ich dieses Projekt vorangetrieben.

Neben diesen großen Aufgaben stehe ich allen Bürgern jederzeit gern zur Verfügung bei der Lösung der vielen "kleinen", für den Einzelnen aber oft sehr bedeutsamen Problemen.

Ich bin Vorsitzender der Endenicher SPD. Dem Endenicher Vereinsleben bin ich durch die Mitgliedschaft in vielen Vereinen verbunden.

Bei den kommenden Kommunalwahlen bitte ich Sie erneut um Ihr Vertrauen als Ihr Stadtverordneter im Wahlkreis Endenich I.

BEZIRKSVERTRETUNG BONN



GISELA HAAS

Ich wurde 1934 als Kind eines Arbeiters in Remscheid geboren. Ich habe die Volksschule und das Gymnasium besucht. Im Anschluß daran machte ich eine Ausbildung zur Krankenpflegerin.

Ich habe dann einen Witwer mit drei Kindern geheiratet. Im Laufe unserer Ehe bekam ich selbst noch fünf Kinder, so daß es schließlich acht waren, die ich zu versorgen hatte.

Aus den vielfältigen Arbeiten und auch Sorgen, die damit verbunden waren, sind mir alle möglichen Elternprobleme bestens vertraut.

In Endenich wohne ich seit 1957. In dieser langen Zeit habe ich unseren Ortsteil kennen und lieben gelernt. Seine Probleme habe ich durch meine Tätigkeiten in vielen Bereichen kennengelernt.

Ich war viele Jahre lang in verschiedenen Schulpflegschaften vertreten und habe dadurch Einblick in die Schulprobleme bekommen.

Seit zehn Jahren widme ich insbesondere der Arbeit in der evangelischen Irinitatalsgemeinde, wo ich in verschiedenen Bereichen mitarbeite.

Vielen von Ihnen wird sicher die Hausaufgabenhilfe für ausländische und deutsche Kinder ein Begriff sein, die seit einigen Jahren im Gemeindezentrum an der Brahmestraße angeboten wird. An der Planung und Einrichtung dieses Betreuungsangebotes habe ich mitgewirkt.

Ebenfalls fast zehn Jahre gehöre ich als ehrenamtliche Mitarbeiterin zum Diakonischen Werk. Dort war ich hauptsächlich in der Erholungsfürsorge und beim Müttergenesungswerk tätig.

Beruflich bin ich verantwortliche Wirtschaftlerin in einem privaten Studentenheim. Seit 1979 bin ich Mitglied der SPD und seit 1980 im Vorstand des Endenicher Ortsvereins. Seit 1983 bin ich Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Endenich. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

WAHLKREIS ENDENICH II



HORST BACHMANN

Ich bin 50 Jahre alt, verheiratet und habe 3 Kinder. Ich habe Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre studiert, bin Rechtsanwalt und zur Zeit Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes.

Mitglied der SPD bin ich seit 1959, gehöre der Gewerkschaft ÖIV, dem Eisenbahnersportverein Blau-Rot Bonn, der Arbeiterwohlfahrt sowie dem Vaterstädtischen Verein an und bin Ehrenmitglied der Endenicher Karnevalsgesellschaft "Narrenzunft".

Im Endenicher SPD-Ortsverein bin ich nach über 10jähriger Tätigkeit als 1. Vorsitzender jetzt stellvertretender Vorsitzender.

Seit 1973 gehöre ich dem Stadtrat an. Dort bin ich Mitglied des Hauptausschusses (zugleich Finanzausschuß), stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses sowie Mitglied im Verwaltungsrat der Stadttheater Godesberg GmbH und der Sparkasse der Stadt Bonn.

Mein früherer Wahlkreis Innere Weststadt ist bei jeder Kommunalwahl neu geschnitten worden. Für die kommende Wahl ist etwa die Hälfte davon zu Poppelsdorf geschlagen worden. Ich bin deshalb auf den Wahlkreis Endenich II übergewechselt, zu dem der wesentliche Teil meines früheren Wahlkreises jetzt gehört.

In diesem Gebiet habe ich mich für die Instandsetzung der städtischen Häuser an der Viktoriabrücke eingesetzt und habe mich mit den Problemen der zweiten Viktoriabrücke und dem geplanten Müllheizkraftwerk befaßt.

In Endenich setze ich mich besonders für die Freihaltung des Meßdorfer Feldes, die Renovierung der städtischen Häuser auf dem Hügel und die Entschärfung der Hügelstraße ein.

Meinen Hobbys kann ich mich nur noch selten widmen: Sport (Schwimmen, Tennis) und Musik machen (Klarinette und Saxophon). Außerdem gehe ich gerne ins Theater und schätze gute Bücher.

Ich bitte um Ihr Vertrauen im Wahlkreis Endenich II.

Das Feld muß frei bleiben

Keine Entlastung für den Hügel

Schon einmal war es in akuter Gefahr, das Meßdorfer Feld. Die CDU wollte es zubauen. Nach zehn Jahren will sie es nun erneut versuchen. Dazu sollen die Hügelbewohner auf eine Entlastung vom Verkehr verzichten. Der Hügel bleibt Stiefkind der CDU.

Es hat, wie bei vielen Dingen, die eine Verbesserung für die Bürger bringen können, mal wieder viele Jahre gedauert, bis der Widerstand der CDU überwunden war.

Bereits in den siebziger Jahren hatte die SPD angeregt zu prüfen, ob man nicht für die Bundesbahnstrecke Bonn-Euskirchen in der Höhe der Hügelstraße einen zusätzlichen Haltepunkt einrichten könnte.

Dieses Anliegen wurde erneut als Antrag in die Ratsgremien gebracht, als die Strecke vor einigen Jahren S-Bahn-ähnlich befahren wurde. Die CDU wollte davon nichts wissen.

HALTEPUNKT HÜGEL GEPLANT

Erst im vorigen Jahr gelang es dem SPD-Bezirksverordneten Stöppler, durchzusetzen, daß die Verwaltung mit der Bundesbahn auch über diesen Haltepunkt verhandelt.

Das Ergebnis liegt jetzt vor. In der letzten Sitzung des Bezirksplanungsrates wurde im Gebietsentwicklungsplan ein solcher Haltepunkt vorgesehen.

Der Haken dabei ist nur, daß damit die Forderung verbunden

wird, in der Nähe Reservebauflächen auszuweisen. Und in der Nähe kann hier nur heißen, auf dem Meßdorfer Feld.

Hier witterte die CDU plötzlich Morgenluft. Schon einmal hatte sie versucht, dieses Feld zuzubauen. Die SPD hatte 1974 daraufhin in einer Planungsausschussung in der Sonderschule auf dem Hügel auf diese Pläne der CDU aufmerksam gemacht und die Bürger um ihre Meinung gefragt.

Das Ergebnis war eindeutig. Das Meßdorfer Feld ist für die Endericher wie auch für andere Anwohner ein Naherholungsgebiet unmittelbar vor der Haustür. Das wollte man sich nicht zerstören lassen. Zudem ist es eine der letzten Frischluftschneisen für die Stadt aus westlicher Richtung und daher für unser Klima wichtig.

Angesichts der einhelligen Ablehnung ließ die CDU ihre Pläne schnell in der Schublade verschwinden. Man hörte nichts mehr davon.

BEBAUUNG DROHT ERNEUT

Nun aber sieht sie ihre Chance erneut gekommen. Mit dem Hinweis auf den Bezirksplanungsrats wird sie mit Freuden dessen Forderung aufnehmen, um ihren alten Plänen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Verantwortung dafür - so wird dem Bürger wieder weisgemacht - trägt schließlich der Bezirksplanungsratsrat und nicht die Banner CDU. Das ist dieselbe Sündenbockstrategie wie bei den Anliegerbeiträgen.

Aber die SPD wird sich auch diesmal der Zerstörung des Meßdorfer Feldes widersetzen. Sie erwartet von der CDU, daß sie sich wie vor 10 Jahren dem Willen der betroffenen Anwohner beugt und mithilft, eine drohende Bebauung der Freifläche zu verhindern.

KEINE VERKEHRSENTLASTUNG?

Es gibt noch einen weiteren Punkt, an dem Verbesserungen für die Hügelbewohner an den Plänen der CDU scheitern könnten.

Erinnern wir uns. Vor Jahren wurde eine neue Straße geplant, die von Dransdorf am Rande von Meßdorf und Lessenich vorbei nach Enderich führen sollte. Sie sollte etwa in Höhe der Firma Kreuzer auf die Umgehungsstraße stoßen.

Diese Straße würde eine große Entlastung für die engen Ortsteile Meßdorf und Lessenich bringen, vor allem aber auch für die Anwohner der Straße auf dem Hügel.

Der gesamte Verkehr, der aus dem Tannenbusch und aus Dransdorf zu den Ministerien nach Duisdorf fährt, könnte vom Hügel runter und über diese Straße fließen.

Die SPD hatte diese Planung seinerzeit unterstützt. Erst sah es ja auch so aus, als sollte

diese Straße realisiert werden. Nach dem der Hauptsammler der Kanalisation durch das Feld gelegt war - man sieht dort überall die Schächte aus dem Acker ragen -, hieß es, entlang diesem Sammler sollte die Straße gebaut werden.

Nach den neuesten Informationen sieht die Zukunft dieser Straße eher düster aus. Die CDU ließ in der letzten Sitzung des Stadtplanungsausschusses durchblicken, daß sie diese Straße gar nicht mehr will.

Das würde aber für den Hügel bedeuten, daß die einzig wirksame Entlastungsmaßnahme für dieses Wohngebiet gestrichen würde. Die Dummheit dabei wären einmal mehr die Anwohner des Hügel. Damit wäre erneut bewiesen, daß die CDU dieses Gebiet nicht als gleichwertigen Teil von Enderich sieht, sondern es weiter stiefmütterlich behandelt.

NOTWENDIGE STRASSE BAUEN!

Die SPD wird sich auch dieser Wende widersetzen. Der Hügel braucht eine Verkehrsentslastung, und die läßt sich mit dieser Straße erreichen!

Nun nehmen Sie mal beides zusammen: Keine Entlastung und zusätzliche Bebauung, damit zusätzlicher Verkehr. Von verantwortungsbewußter Planung kann da wohl keine Rede mehr sein!

Wir würden gern wissen, wie unsere Leser darüber denken, ob sie mit einer Bebauung des Meßdorfer Feldes und dem Wegfall der geplanten Entlastungsstraße einverstanden sind.

Kurz gesagt

Arbeitszeitverkürzung schafft und sichert Arbeitsplätze

Die 35-Stunden-Woche (bei einer schrittweisen Einführung in fünf Jahren) bringt nach vorsichtigen Schätzungen wissenschaftlicher Institute mindestens 0,9 bis 1,3 Millionen Arbeitsplätze

Die Vorruhestandsregelung nach dem Vorschlag von SPD und Gewerkschaften betraf etwa 900.000 ältere Arbeitnehmer. Etwa die Hälfte dürfte von dem Angebot Gebrauch machen und somit ihre Arbeitsplätze jungen Menschen überlassen.

Arbeitszeitverkürzung ist die Voraussetzung für humanere Arbeit und mehr Mitbestimmung

Stress und Gesundheitsgefährdung steigen an vielen Arbeitsplätzen, nicht zuletzt wegen der neuen Technologien. Deshalb sind kürzere Tagesarbeitszeit, mehr Pausen, mehr Zeit für Mitbestimmung und betriebliche Weiterbildung nötig. Und das ist machbar, wenn mehr Arbeit von Maschinen übernommen wird.

Arbeitszeitverkürzung bringt mehr freie Zeit

Auch das ist wünschenswert. Es ist eine erbärmliche Unterstellung der Konservativen, mehr Freizeit führe zu mehr Bier und mehr Fernsehen. Wir können mehr Freizeit nutzen. Sie ist mehr Zeit für die Familie, für Arbeitsteilung im Haushalt und bei der Kindererziehung, für Kultur und Bildung, für bessere menschliche Beziehungen.

Maschinen ersetzen Menschen - darum kürzere Arbeitszeit

Es besteht kein Grund zur Angst vor einer Zukunft, in der Maschinen mehr Arbeit übernehmen und die Menschen mehr Zeit haben für Aufgaben, die wir den Maschinen nicht überlassen wollen. Wir alle sind aufgerufen, uns zu überlegen, wie die Zukunft mit weniger Erwerbsarbeit und größerer Freizeit sinnvoll gestaltet werden kann.



Rotkehlchen

Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.200
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156